

GMEI Gegen den Missbrauch von Gender Mainstreaming

Sehr geehrte Frau Ministerin Schmidt!

Wir sind eine Gruppe von Wissenschaftlerinnen, Gewerkschafterinnen und Beraterinnen, die sich national und international seit langem für die Herstellung der Geschlechtergerechtigkeit und die Durchsetzung von Gender Mainstreaming einsetzt. Wir möchten Sie nachdrücklich bitten, Ihre Position und Argumentation zu dem Problem der Uni-Sex Tarife in der privaten Versicherungswirtschaft zu überdenken und zu revidieren.

In der Monitorsendung vom 20.11. haben Sie wie folgt Stellung bezogen:

"Nein, es gibt ein Prinzip. Und dieses Prinzip heißt Gender Mainstreaming. Und dieses Prinzip heißt, dass man Menschen in ihrer Unterschiedlichkeit berücksichtigt. Und Gott sei Dank sind Frauen und Männer unterschiedlich, haben unterschiedliche Risiken, und diese unterschiedlichen Risiken müssen auch irgendwo berücksichtigt werden."

Diese Begründung für die geschlechtsbezogenen, unterschiedlichen Beiträge der privaten Versicherungen hat uns sehr irritiert und auch erschreckt. Sie bedeutet für uns ein grundsätzliches Missverständnis von Gender Mainstreaming.

Gender Mainstreaming ist eine Strategie zur systematischen Berücksichtigung der Geschlechterverhältnisse in allen –politischen- Planungen und Konzepten, um die Diskriminierungen aufgrund des Geschlechts abzubauen und um Lebensbedingungen zu schaffen, die Männern und Frauen gleiche Chancen eröffnen.

Dazu werden Gender-Analysen durchgeführt, die die Geschlechterverhältnisse im jeweiligen Handlungsfeld darstellen. Solche Genderanalysen erschöpfen sich aber gerade nicht in der einfachen Frage nach den Unterschieden zwischen Männern und Frauen. Ein solches „sex counting“ bezieht nur die biologische Zuschreibung (Mann versus Frau) in die Analyse ein und kann damit die gefundenen Differenzen auch nur in der „Natur“ begründen. Gender Mainstreaming bedeutet aber gerade, wie schon der darin enthaltenen „Gender“ begriff zeigt, dass die vielfältigen, von den sozialen Zuschreibungen bedingten Lebenssituationen in Betracht zu ziehen sind. Nur so gelangt man zu genauerer und sachgerechterer Differenzierung. Die einfache Mann-Frau Unterscheidung ist demnach zu grob und Sinne des Gender Mainstreaming geradezu falsch.

Auch die Versicherungswirtschaft müsste bei richtiger Anwendung von Gender Mainstreaming (- wozu sie ja bis heute leider nicht verpflichtet ist -) und bei einer sachgerechten Genderanalyse zur Aufstellung von Uni-Sex Tarifen bzw. der Definition von anderen Risikogruppen kommen, die nicht nach der bloßen Geschlechtszugehörigkeit differenziert:

Grundlage für Lebens- und Rentenversicherungen sind vor allem die statistischen Sterbetafeln. Zunächst hat die unterschiedliche durchschnittliche Lebenserwartung von Frauen und Männern hier im Mitteleuropa der Jetztzeit auch etwas damit zu tun, dass zwei Weltkriege dafür sorgten, dass ganze Männerjahrgänge verschwunden sind. (->Frauen"überschuss" bei den heutigen RentnerInnen) und damit statistisch die Lebenserwartung der Gruppe der Frauen logischerweise höher liegt. Heute ist das anders. Heute werden 86% der Männer und Frauen gleich alt . Dies rechtfertigt kaum generelle Leistungs- und Beitragsunterschiede.

Eine Genderanalyse der geringeren Lebenserwartung von Männern würde zeigen, dass sie u.a. einerseits etwas mit höherer Risikobereitschaft und damit höheren Unfalltodesraten und andererseits mit anderem Körperbewusstsein (weniger Gesundheitspräventionsbereitschaft und damit eher tödliche Krankheitsverläufe) zu tun hat. Faktoren wie Rauchgewohnheiten müssten dann ebenfalls berücksichtigt werden und ergäben ein anderes Bild. Das sind Risiken, die indirekt (Renten-)versicherungstechnisch Frauen angelastet werden. Die eigentlichen Risikoträger bleiben außen vor.

Bei der privaten Rentenversicherung bezahlen Frauen - weil sie aufgrund ihrer höheren Lebenserwartung voraussichtlich eine höhere Leistungsdauer haben - einen bis zu 30% höheren Beitrag als Männer mit annähernd der gleichen Rentenhöhe. Bei privaten Lebensversicherungen gibt es schon unter den Versicherungsgesellschaften kein einheitliches Vorgehen - die einen gestehen Frauen aufgrund ihrer statistisch höheren Lebenserwartung für die gleiche Leistungssumme einen bis zu 10% niedrigeren Beitragssatz zu als Männern, andere fordern auch hier gleiche oder höhere Beiträge von Frauen.

Eine andere Form der Diskriminierung gibt es bei den privaten Krankenversicherungen. Hier zahlen Frauen aufgrund des "Geburtsrisikos" (nämlich: aufgrund ihrer Fähigkeit zu gebären) bis zu etwa 20% (einzelne Gesellschaften gehen dort noch höher) höhere Beiträge als Männer. Da wird erst einmal unter den Frauen ein Solidarprinzip angewendet: Einmal bekommt heute nur noch etwa jede 3. Frau überhaupt ein Kind und zum anderen ist der Zeitraum, in dem Frauen schwanger werden, auf etwa 30 Lebensjahre (40% der Lebenszeit) begrenzt. Das heißt also, kinderlose, noch nicht und nicht mehr gebärfähige versicherte Frauen zahlen hier für ein "fremdes" Risiko. Die Väter bleiben ganz und gar außen vor. Darüber hinaus zahlen Frauen auch noch für die aus geringerem Gesundheitsbewusstsein (z. B. Rauchen) und höheren Unfallraten der Männer resultierenden (Krankheits-)Risiken mit, denn diese gehen nicht als Risiko in deren Tarifberechnungen ein.

Das Solidarprinzip ist der Grundgedanke des Versicherungswesens an sich. Viele zahlen zur Absicherung eines Risiko ein, damit einzelne bei Eintreten des versicherten Ereignisses dadurch eine Leistung in Anspruch nehmen können, die sie alleine nicht aufbringen könnten. Es ist nicht nachvollziehbar, warum dieses Solidarprinzip unterschiedlich und ausschließlich zu Lasten von Frauen funktionieren darf! Bei Unfallversicherungen wird übrigens oft nicht zwischen Frauen- und Männertarifen differenziert, hier tragen dann tatsächlich alle die Risiken von allen.

Mit Unisex-Tarifen müssen einige Versicherungen anders rechnen als bisher - das ist eine logische Folge für viele, die in der konsequenten Anwendung von Gender Mainstreaming Denkweisen, Verfahrensweisen und Abläufe verändern müssen.

Versicherungspleiten dürften nur die befürchten müssen, die nicht auf Unisex-Tarife umstellen - weil geschlechterbewusste Versicherte beiderlei Geschlechts zu diesen wechseln werden.

Jede einzelne Frau fühlt sich bei erhöhten Beiträgen aufgrund ihres Geschlechts zurecht von der Versicherungswirtschaft diskriminiert. Schon lange wendet sich der deutsche Frauenrat gegen diese Beitragsgestaltung, die SPD hat sich auf ihrem jüngsten Parteitag mit großer Mehrheit für Uni-sex Tarife ausgesprochen.

Gender Mainstreaming ist ein Verfahren, mit dem die Ungleichbehandlung aufgehoben werden soll und, wenn man Genderanalysen zugrunde legt, auch aufgehoben werden kann.

Als Frauenministerin haben Sie die Chance, die Versicherungswirtschaft genau darauf hinzuweisen und sie an die Verpflichtung, Diskriminierung aufgrund des Geschlechts abzubauen, zu erinnern. Sie könnten der Versicherungswirtschaft Gender Mainstreaming geradezu empfehlen, um geschlechtergerechte Beiträge und Leistungen zu kalkulieren, die darüber hinaus dem Grundgedanken der Versicherungsphilosophie auf geschlechtergerechte Weise Rechnung tragen würden.

Mit freundlichen Grüßen

GMEI (Gender Mainstreaming Expertinnen International)

(Gisela Breil, Marion Buhl, Dr. Karin Derichs-Kunstmann, Dr. Uta Enders-Dragässer, Heike Gumpert, Marion Kamphans, Mara Kuhl, Brigitte Nake-Mann, Prof. Dr. Sigrid Metz-Göckel, Dr. Ingrid Schacherl, Ilona Schulz-Müller, Dr. Brigitte Sellach, Ulrike Spangenberg, Dr. Barbara Stiegler, Zita Küng)